



ei =



tung

des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof-Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Da die Ruhe in der Provinz wieder hergestellt ist, und die bestehenden Beschränkungen des Verkehrs mit Sensen für den Landmann sehr beschwerlich sind, so finde ich mich veranlaßt, das durch meine Bekanntmachungen vom 27. März und 5. Mai c. erlassene Verbot des Handels mit Sensen und des Tragens derselben hiermit aufzuheben. Posen, den 15. Juni 1848.

Der Ober-Präsident des Großherzogthums Posen. v. Beurmann.

Inland.

* Posen, den 15. Juni. Herr General v. Pful ist am 12. d. M. nach Berlin in Dienstangelegenheiten gereist, um in wenigen Tagen hierher zurückzukehren.

+ Posen, den 15. Juni. Wir sind wieder zufällig in den Besitz von Aktenstücken des jüngsten Aufstandes, die wir hiermit veröffentlichen, gelangt.

1) An den Orts-Schulzen Matthias Kleber in Neu-Demanzewo. „Aufsorderung. Im Namen der polnischen Republik wird das Schulzen-Amt zu Neu-Demanzewo aufgesordert, alle Gattungen Waffen, die die Gemeinde besitzt, freiwillig hierher nach Trzebow zu bringen. Und zwar in drei Stunden heute zum Beweise, daß sie aller Anfechtungen von Unserem Militair frei sein wollen. — Sie sollen darüber eine Quittung nebst einer polnischen Legitimation, daß ihnen Niemand etwas thun wird, und nach Beendigung die völlige Vergütung dafür bekommen. — Das Schulzen-Amt muß dieses bescheinigt zurücksenden. Trzebow, den 6. Mai 1848. Im Namen der polnischen Republik, Rymarkiewicz.“

„Im entgegengesetzten Falle wird für allen Schaden nicht garantirt.“
Zu bemerken ist, daß bekanntlich Neu-Demanzewo nur von Deutschen bewohnt ist.

2) Der für die Insurgenten von ihren Vorgesetzten bestimmte Eid lautet: „Im Namen Gottes des Einzigen in der Dreifaltigkeit und auf die Wunden des gekreuzigten Jesus schwöre ich: daß ich bis zum letzten Blutstropfen mein Vaterland Polen verteidigen werde, daß ich den Anführern, sowie den Befehlshabern der Truppe, zu der ich gehöre, gehorsam sein und ihre Befehle erfüllen werde. Ich schwöre, daß ich die Fahne, unter der ich diene, nicht verlasse, bis ich falle, daß ich aus unsern Händen zu entweichen dem Feinde nicht erlaube und daß ich mich durch keine Reden und Schmeicheleien abhalten lasse, vom Opfer für Polen mit meiner Gesundheit und Leben. So mir Gott helfe und alle Heiligen. Amen.“ (Fortf. folgt.)

* Posen, den 15. Juni. Wir haben mehrere Stimmen über die Vorgänge vor dem Berliner Nationalgebäude gehört; hören wir zur möglichsten Aufklärung des Faktums noch eine, die freilich in entgegengesetzter Weise berichtet.

Berlin, den 11. Juni.

Der gestrige Anfall des Ministers v. Arnim und des Deputirten Prediger Sybow, auf öffentlicher Straße, und die damit verbundenen Brutalitäten sind so wenig das Werk des Zufalls, daß sie eben dadurch an politischer Bedeutung gewinnen. Einsender dieses weiß, daß bereits Tags zuvor in gewissen Klubs eine öffentliche Demonstration besprochen worden, falls die National-Versammlung nicht im Sinne einer mehr als demokratischen Partei über den Antrag des Deputirten Berends „die Revolution des 18. und 19. März und die damit petitionirten Konsequenzen“ votiren würde. Dies veranlaßte Unterzeichneten sich um 1/2 1 Uhr nach der Singakademie zu begeben. Die bereits in ungewöhnlicher Zahl versammelte Menge verrieth unzweifelhaft durch Ausdruck, Gestikulationen und Rede ihr tumultuarisches Vorhaben. Zwei anständig gekleidete Männer, die von der Zuschauertribüne herausstraten, bezeichneten etlichen an der Barriere aufgestellten Personen zunächst den Deputirten Zachariae, welcher zur Tagesordnung hatte abstimmen lassen, als das nächste Opfer der Volksjustiz, mit dem ausdrücklichen Zusatz: „ihn von dem Deputirten Zacharias wohl zu unterscheiden.“ Zwei der marquirtesten Persönlichkeiten unterhielten sich laut über die Gestalt und die Physiognomie des Prediger Sybow, dem sie ein gleiches Loos zudachten. Auch zwei der Minister wurden bezeichnet; endlich allgemein und unverholen über den Barrikadenbau verhandelt. Offenbar waren die Einzelnen nicht zufällig hier, denn das Abthätliche wurde so wenig geheim gehalten, daß auch der minder Aufmerksame von einem vorbereiteten Plane überzeugt sein mußte. Etwa fünf Minuten vor dem Schluß der Sitzung erschien der Minister v. Arnim. Man ließ ihn schweigend durch die Volksmenge. Einsender folgte ihm, bis er sah, daß

er beinahe sicher hindurch war. Darauf wandte er sich um, sprach einige Worte, die dem Unterzeichneten nicht deutlich wurden, und in demselben Augenblick stürzte auch die ganze Volksmasse auf ihn los, ohne daß es möglich war noch hindurchzukommen. Diese Worte wurden weder im brüskten, noch im lauten Tone gesprochen, sonst hätte der Einsender, nicht weit entfernt, sie wohl verstanden; und ein Bürger, der dicht daneben war, theilte mit: der Herr Minister habe gefragt: „warum eine so große Volksmenge hier versammelt sei?“ Seine Worte konnten keine Aufregung veranlassen, wenn diese nicht schon vorhanden war, und die ganze Menge stürzte brüllend und mit den Stöcken drohend auf den Mann los, eben weil sie es sich vorgenommen, ihrer unverständigen Wuth gegen den Ersten Besten Luft zu machen. Inzwischen erschienen die übrigen Deputirten; und bis auf den Prediger Sybow sollen die Andern der Volksrache entgangen sein. Die Bürgerwehr auf der Hauptwache, welche von dem Deputirten Schulz zur Hilfe und Rettung aufgesordert wurde, hatte zwar den besten Willen; indessen da sie erst, nach ihrer Aussage, bei dem General-Kommando um Verhaltensbefehle nachsuchen mußte, so kann man nichts dagegen sagen, wenn ein Preussischer Minister dicht vor der Hauptwache im Jahre 1848 vielleicht in Berlin todtgedrückt wird. Wehmer, Deputirter für die Deutschen im Negdistrikt als Augen- und Ohrenzeuge.

Posen, den 15. Juni. (Schluß des gestern abgebr. Artikels.) II. Ueber die Stellung der Slavischen Völker zu den übrigen Völkern der Oesterreichischen Monarchie. Unser Bund, der Bund der freien Slavischen Völker Oesterreichs, ist ein Bund gleichberechtigter Nationalitäten. Es widerstrebt daher seinem innersten Wesen, sich einer anderen Nationalität unterthänig zu machen. Wir selbst haben allzulange ein fremdes Joch getragen, als daß wir all das Elend, welches daraus entspringt, einem andern Volke wünschlichen sollten. Unterjochungskriege widerstreiten überhaupt dem Slavischen Volkscharakter, und wenn sich auch die Slaven hiezu haben verwenden lassen, so geschah es nur, weil sie selbst nicht frei gewesen. Jetzt, da wir frei, sollte kein Volk der Oesterreichischen Monarchie Mißtrauen in die Lauterkeit unserer Absichten hegen. Gerne, herzlich gerne, bieten wir allen übrigen Völkern der Monarchie die Hand, den Deutschen, wie den Magyaren und Wallachen, wenn sie ihre Kräfte mit den unseren zur Sicherung des Oesterreichischen Bundesstages vereinen wollen. Verständigen wir uns, Völker Oesterreichs aller Zungen, auf einem Völkertage zu Wien, durch eine gleiche Anzahl von Vertretern über unsere gemeinschaftlichen Völkerinteressen; garantiren auch wir uns gegenseitige gleiche Berechtigung und Unabhängigkeit der Nationalitäten, vollkommene innere Freiheit, und vereinen wir uns so in einen Bundesstaat unter der Oesterreichischen Kaiserkrone. Gewiß werden wir auch über die Mittel eins werden, durch welche die vollkommene Souveränität der Monarchie nach außen zu erhalten sei. Bei solcher Gesinnung werden es alle Völker Oesterreichs nur folgerichtig finden, wenn wir uns laut gegen die Unterdrückung der Slavischen Nationalitäten in Ungarn aussprechen. Allen den Slovaken und Ruthenen, wie den Serben und Kroaten muß es gestattet sein, sich der ihnen gewordenen größeren bürgerliche Freiheit auch zu nationaler Entwicklung zu bedienen. Die Slaven Ungarns müssen aufhören ein von den Magyaren beherrschtes Volk zu sein. Auch Ungarn darf fortan nur gleichberechtigte Nationalitäten kennen. So gut als der Slave auf einem Völkertage zu Wien verpflichtet ist, die Deutschen Bundesglieder in Deutscher Sprache anzuhören, ebenso gut werden die Deutschen den Slaven in seiner Muttersprache anhören müssen, nicht mehr und nicht weniger werden sich auch die Slaven und Magyaren auf dem ungarischen Landtage gefallen lassen müssen. Das Verständniß und Erlernen mehrerer Sprachen gehört in allen Oesterreichischen Ländern zu den unabweislichen Bedingungen für alle Jene, welche sich dem öffentlichen Leben zuwenden. Mögen die Magyaren diese für die gleiche Berechtigung der Nationalitäten ausgesprochenen Wünsche beachten, und gerechter gegen ihre Mitbürger Slavischer Zunge werden. Mögen sie sich bei Zeiten auf diese Weise die Beilegung der bei ihnen zwischen den verschiedenen Nationalitäten schon ausgebrochenen Zwietracht angelegen sein lassen, denn sonst steht ein furchtbarer Bürgerkrieg bevor. Sollte es dennoch zu diesem blutigen Kampfe kommen, so erklären wir es hier feierlich, daß wir für unsere Stammgenossen, nicht allein weil sie unser Brudervolk, sondern auch weil sie das gute Recht auf ihrer Seite haben, Partei nehmen müßten. Sonach stellen wir die zweite Frage: Unter welchen Bedingungen wollen wir die Neugestaltung des Oesterreichischen Bundesstaates?

III. Ueber die gegenwärtige Stellung der Oesterreichischen Slaven zu allen übrigen Slaven. In politischer Beziehung können

wir nur eine tiefgefühlte Theilnahme für unsere Stammgenossen aussprechen. Wenn unser Wort außerhalb Oesterreich Beachtung finden sollte, so würden wir es für die Ausgleichung der Russisch-Polnischen Differenzen und für die Freiwerdung der Slaven in der Türkei erheben. Zwischen Russen und Polen handelt es sich hauptsächlich um eine Gleichstellung beider Nationalitäten. Ist diese nur eingetretten, so folgt ein innigeres Verständniß zwischen diesen zwei mächtigen Völkern von selbst nach. Möchte das helle Licht der Freiheit, welches uns Oesterreichischen Slaven auf der Bahn der Einigung vorleuchtet, auch die Russen und Polen in den Hafen des Friedens geleiten. Möchte insbesondere das Russische Volk bald das Licht der Freiheit in seiner Heimath erblicken. Den Slaven in der Türkei muß die Stunde der Befreiung bald schlagen, denn das hochherzige Serbien läßt die Fahne der Freiheit nicht sinken. Von solchen Kriegen, wie die Serben geführt, geht der Weg nur zum Siege. Haben sie ihre Unabhängigkeit erkämpft, dann umschlingt auch sie das brüderliche Band eines slavischen Bundesstaats. Wir erwarten es von dem aufgeklärten Volke der Sachsen, daß es das kleine, ihnen unschädliche Häuflein der Lausitzer Serben nicht darum werde vernichten wollen, weil es seiner Slavischen Abstammung noch immer eingedenk. Mit eben derselben Zuversicht erwarten wir von Preußen, daß es von der systematischen Entnationalisirung der noch Slavischen Theile von Schlesien, der Lausitz, Ost- und Westpreußens abstecken werde. Und nun, welche sind unsere Wünsche für die Erhebung Slavischer Kunst und Wissenschaft? Auf diesem Felde konnten wir uns bisher freier bewegen, und vielsach ist die Idee literarischer Wechselseitigkeiten von Gelehrten aller Slavischen Volksstämme schon erörtert worden. Wenn wir unsere Wünsche in dieser Beziehung nur kurz andeuten, so geschieht es nicht etwa, weil wir das geistige Zusammenleben der Slaven für gering achten, sondern weil die Andeutung wegen allgemeiner Erkenntniß des Gegenstandes genügt. Möge auf jeder höheren Lehranstalt in allen Slavischen Ländern das Studium aller Slavischen Dialekte zu den ordentlichen Unterrichtsgegenständen gehören. Möchten sich die Slavischen Gelehrten, wie die Italienschen und Deutschen alljährlich in Kongressen zu Berathung und Austausch vereinen. Möchten die in Slavischen Ländern bestehenden Institute für Künste und Wissenschaften sich zunächst die Pflege des Slavischen Talents zur Aufgabe machen und auf dieser Bahn eine freie Konkurrenz aller Slaven gestatten, gleichviel welcher Religion, welchem Zweige die Konkurrenten angehören. Auf diesem Felde wenigstens sollten wir uns nicht selbst beschränken. Sonach stellen wir die dritte Frage: welches sind unsere Wünsche für die nicht zur Oesterreichischen Monarchie gehörigen Slaven, und wodurch kann die Slavische Kunst und Wissenschaft am besten gefördert werden?

IV. Zur Bezeichnung der Stellung der Oesterreichischen Slaven zu den übrigen Völkern Europas nicht Slavischer Zunge. Zunächst ist es wohl nur die Stellung der Oesterreichischen Slaven zu Deutschland, welche jetzt an der Tagesordnung ist. Deutschland spricht einen bedeutenden Theil der Oesterreichischen Monarchie als zum Deutschen Bunde gehörig an. Der Oesterreichische Bundesstaat kann wohl als vollkommen souveräner Staat mit Deutschland, es sei dieses nun ein deutscher Volks- oder Fürstenbund, in diplomatischen Beziehungen stehen, aber wir Slaven können uns nie dazu hergeben, die Souveränität der Oesterreichischen Monarchie dadurch zu vernichten, daß wir entweder uns selbst oder einen andern Theil der Monarchie einem fremden Staate einverleiben. Nie und nimmermehr wollen wir die Souveränität Deutschlands über uns anerkennen. Kaiser und König Ferdinand ist und bleibt unser alleiniger Souverain wie bisher. Ueber ihn erkennen wir keine zweite Autorität, er allein unser Oberhaupt und zwischen ihm und uns giebt es kein anderes Volksorgan als die uns zuständige Parlamente. Diese tragen die Wünsche oder Klagen des Volkes dem Kaiser und König unmittelbar vor, und Er allein sanktionirt die auf unseren Landtagen votirten Gesetzesvorschläge. Nie werden wir den Frankfurter Beschlüssen eine für uns bindende Kraft zuerkennen. Darum protestiren wir feierlichst gegen alle und jede Schritte, welche in Oesterreich zur Verschickung des Frankfurter Bundestages, ob mit, ob ohne ministerielle Zustimmung vorgenommen worden sind. Wir bauen in dieser Beziehung auf die Einsicht aller Völker Oesterreichs, denn verstehen sie ihre Interessen nur recht, so müssen sie sich mit uns gegen eine wenn auch nur theilweise Unterstellung der Monarchie unter Deutschland erklären. Insbesondere aber bauen wir in dieser Beziehung auf die Einsicht der Slavischen Völker Oesterreichs, die gewiß jetzt nicht sich zu Gunsten des Deutschen Volkes jener Birgenschaft ihrer Nationalität werden begreifen wollen, die ihnen Sr. Majestät vor Kurzem verliehen. Darum hoffen wir mit Zuversicht auf einen gemeinschaftlichen Protest aller Slaven Oesterreichs gegen die Rechtsgültigkeit des Frankfurter Bundestages und seiner Beschlüsse für irgend einen Theil des Slavischen Oesterreichs. Daher stellen wir als vierte Frage: Haben die Beschlüsse des Frankfurter Bundestages für irgend einen Theil des Slavischen Oesterreichs Rechtsgültigkeit, und wenn nicht, in welcher Form ist dagegen von unserer Seite Protest einzulegen?

V. Wir haben ein kühnes Werk in Vorschlag gebracht, die Reorganisation Oesterreichs in einen Bundesstaat. Es ist dies nur ein Vorschlag, und eben daher tragen wir darauf an, diese unsere Wünsche, insoweit sie durch die Zustimmung aller drei Sektionen zu allgemeinen Beschlüssen werden erhoben sein, durch eine eigene Deputation zur Kenntniß Sr. Majestät zu bringen. Um die allerhöchste Sanction jedoch können nur die gesetzlich gewählten Volksvertreter auf den respektiven Landtagen bitten, indem diese letzteren die von uns gefaßten Beschlüsse als Gesetzesvorträge votiren. Endlich die fünfte Frage: Sind die als allgemein proklamirten Beschlüsse der Versammlung durch eine eigene Deputation zur Kenntniß Sr. Majestät zu bringen?

Prag, den 27. Mai 1848. Das provisorische Centralcomité.

P* Berlin, den 15. Juni. Von der Russisch-Preussischen Grenze erhalte ich so eben über die dortigen militärischen Verhältnisse folgende briefliche Mittheilungen direkt. Ein Russisches Armeecorps steht zwischen Lawoggen und Georgenburg. — Die diesseitige Grenze wird von unserem sonst in Insterburg garnisonirenden Dragoner-Regiment von Nemel bis Johannisburg durch fortwährende Patrouillen à 20 Mann beobachtet. Ein Bataillon vom Königsberger 3. Infanterie-Regiment steht in Insterburg, eine Jäger-Abtheilung in Raftenburg. Das ist unsere ganze Truppenmacht in der Provinz. Aus Allem geht hervor, daß man in unserer Regierung doch noch keine ernstlichen Besorgnisse wegen eines Bruches mit Rußland hegt.

△ Berlin, den 12. Juni. Der gestrige Vorfall vor dem Versammlungs-

ort der konstituierenden Versammlung, nach Beseitigung des Behrendtschen Antrag durch das Zachariätsche Amendement — die Insultation des Minister v. Arnim und des Abgeordneten Sydow — wird am Mittwoch zwar energische Anträge hervorrufen, indeß hält sich die Kammer dadurch noch nicht in der Freiheit ihrer Berathungen beeinträchtigt. Eine Verlesung des Versammlungsorts wird deshalb wahrscheinlich nicht einmal beantragt, und wenn es wider Erwarten geschehen sollte, mit großer Majorität beseitigt werden. Die Zeit ist nicht gekommen, in der dieser äußerste Schritt gethan werden darf. Ich glaube, es ist Pflicht der Versammlung, jeden Zusammenstoß zu meiden und ihn unmöglich zu machen, und daher erst dann den einen Zusammenstoß gewiß herbeiführenden Beschluß der Entsehung von Berlin zu fassen, wenn physische Gewalt den Berathungen ein Ziel setzt.

†† Berlin, den 13. Juni. Dieselbe Partei in Berlin, welche allen Anflug hervorrufen, und durch Rohheit aller Art, selbst gegen die Nationalversammlung in Wort, Schrift und That sich kundgiebt, hat, unter Vorherrschaft des Herrn Held beschlossen, 50 Comissaire in die Provinzen zu entsenden, um, wie man vorgiebt, zwischen diesen und der Hauptstadt, die Versöhnung einzuleiten. — Diese Versöhnung hat man hier bereits mit Schmähungen auf die Provinzialen in Plakaten und mit Angriffen auf die Deputirten begonnen. Wie ernstlich es mit der Versöhnung gemeint sei, ist daraus ersichtlich. Es sind die Provinzen daher wohl zu warnen, Comissaire von solchen Grundfragen bei sich aufzunehmen; sie vielmehr ruhig der Hauptstadt zurückzugeben. Wenn diese Partei hier eine Versöhnung wahrhaft wünscht, und nicht unter solchem Deckmantel andere Zwecke verfolgt, dann möge sie es beweisen, indem sie sich ruhig verhält, und sich der Ordnung, dem Gesetz, dem Staatsregiment und den Beschlüssen der Nationalversammlung unterwirft, dann bedarf sie keiner umherwandernden Deputirten, und kann die fraglichen Reiseselder zu wohlthätigen und fruchtbaren Zwecken verwenden.

— Berlin, den 14. Juni. Eine viertägige Fußreise erklärt das Ausbleiben meiner Briefe. Mein Weg führte durch die Altmark und Priegnitz, wo ich überall eine lebhaftere Theilnahme an den Berliner Vorgängen vorfand. Die Leute freuen sich, daß ihnen kräftig vorgearbeitet worden, und acceptiren die hier errungenen Freiheiten bestens, ohne auch nur einen Finger zu rühren. Erwähnte ich aber die Nothwendigkeit einer Zwangsanleihe, so schlugen die Gesichter sabelhafte Falten: man müsse die bisherige Verwaltung des Staatsschatzes einer Revision unterwerfen. Ueber das Treiben des Herrn Held und Genossen sind sie ganz im Unklaren; sie ahnen die ochlokratischen Tendenzen derselben gar nicht, meinen aber auf eine Anfrage, daß, wenn Comissaire bei ihnen Anstalt machen sollten, die arbeitenden Klassen zu heßen, sie ihr Unternehmen am eisten besten Baume büßen würden. Im Allgemeinen ist vom platten Lande wie von den kleinen Städten Reaktion keinerlei Art zu fürchten; schon aus dem Grunde, weil in den meisten Dörfern wie den Städtchen, die nach dem alten Zuschnitt eingerichteten Autoritäten fast allen Einfluß verloren habe, sogar mit feindlichen Augen betrachtet und scharfen Nachreden bedroht werden. Der Märker ist durchweg viel zu sehr Verstandesmensch, als daß er nicht selbst in den tiefsten Schichten instinktmäßig die neue Zeit und den Bruch mit der frühern herausahnen sollte, und mit jener nüchternen zur Kritik veranlagten Natur begabt, die ihn gelegentlich mit eben solcher Entschiedenheit verrottete Ansprüche bekämpfen läßt, wie irgendwo; dabei hat er den beißenden Witz, der stillweise gefährlicher, als plummes Bearbeiten wirkt. Wo solches vereinzelt erscheint, wird ihm auf diese Weise entgegengetreten, und es liegt nahe, daß unter solcher Erscheinung der gefürchtete reaktionäre Einfluß des Adels auf die Bauern eine reine Chimäre ist. In den Städten andererseits richtet sich eine noch mehr ausgeprägte Entschiedenheit gegen gewisse Kreise des Beamtenhums, namentlich wird der bisher gehandhabte Nepotismus bei Besetzung der niederen Stellen einstimmig angegriffen. Also auch der zweite Stelzfuß des reaktionären Gespenstes ist durchaus wackelig und darf keine Besorgniß erregen.

So lange es nur mit der Reaktion also bestellt ist, so lange sie auch fast gar keine ernsteren Lebenszeichen von sich giebt, scheint es mir verderblich, mit vollem Bewußtsein Douquiroterien gegen sie auszuführen. Jeder Hieb gegen diese Windmühle geführt, verstärkt die anarchische Partei, die alle Erscheinungen mit seltener Geschicklichkeit und Kühnheit sich zu Nuzen macht. Gutmüthigste Concessionen gegen diese Ultra's schwächen nur; kein Liebäugeln mit der Reaktion, aber auch im allerentferntesten nicht mit denen, deren Wesen einmal offenkundig Triebfedern gemeinsten Art wird blicken lassen. Der jetzt fast zum Ehrentitel gewordenen Bezeichnung „reaktionär“ kann man fast nur dann entgehen, wenn man sich dieser äußersten Fraktion in die Arme wirft, und auch dann werfen Einzelne den Anderen den Vorwurf hin; es erinnert wirklich spaßhaft an „Ein Zicklein, ein Zicklein.“

P** Berlin, den 15. Juni. Ueber die in London veranstaltete Sammlung für die Deutsche Flotte hört man folgendes: Es treten einige Deutsche zusammen, um für die Deutsche Flotte zu sammeln und zu wirken. Man wendet sich an die reichen Kaufleute, so wie an die Konsuln. Ein Oesterreicher erklärt, die Sache habe kein Interesse für ihn. Der Oesterreichische Konsul erklärt, er könne sich mit den Angelegenheiten eines „fremden Landes“ nicht befassen! Der Badische Konsul erklärt, er sei ohne Verhaltensbefehle, der Weimarsche befürchtet, die Englische Regierung werde das Einsammeln von Beiträgen nicht gestatten, der Vertreter einer freien Reichsstadt erklärt, Deutschland bedürfe keine Flotte, wenn es zu Hause sich gut aufführe! Der Preussische Konsul allein machte eine ehrenvolle Ausnahme

von diesen Deutschen Nationalvertretern! Der Ehrenmann heißt Hebel.

Berlin, den 12. Juni. Ueber das Projekt der neuen Zwangs-Anleihe vernehmen wir, daß solche nach Abschätzung des Einkommens ausgeschrieben werden und bei einem Einkommen von 400 Thlr. beginnen wird. Demnach sollen von 4—800 Thlr. Einkommen 5pCt., von 800—1200 Thlr. 6pCt., von 1200—1500 Thlr. 7pCt., von 1500—2000 Thlr. 8pCt., von 2000 bis 4000 Thlr. 9pCt. und von über 4000 Thlr. 10pCt. zur Zwangs-Anleihe hergegeben werden. Wer seine ihm zufallende Summe auf einmal auszahlt, dem sollen dafür 5pCt., wer aber solche in Terminalzahlungen leistet, nur 3½pCt. zugestrichelt werden. In zehn Jahren will man diese Anleihe schon gänzlich getilgt haben.

— Vorgestern früh um 1 Uhr wurde dem, um diese Zeit erst in seine Wohnung (dem Hotel de Rome) zurückkehrenden Französischen Gesandten, Em. Arago, von den dort zahlreich versammelten Tausenden ein freudiges, feuriges Lebehoch gebracht. Der Gefeierte trat auf die Schwelle des Hauses und sprach Folgendes: „Einwohner von Berlin! Vergebens würde ich in Ihrer Sprache die Gefühle des Dankes auszusprechen mich bemühen, von denen ich mich durchdringen fühle. Erlauben Sie mir daher, Ihnen in Französischer Sprache denselben abzustatten. Sie werden es natürlich finden, daß ich nicht die Anmaßung habe, als bezöge ich die Theilnahme, mit der Sie mich in diesem Augenblick beehren, auf meine Person. Ich habe keine Ansprüche darauf, nehme sie jedoch für mein Vaterland an, dessen Repräsentant ich bei Ihnen bin, und für das Französische Volk, das Sie durch Ihren Ruf begrüßt haben. In der gegenwärtigen Zeit können kleinliche Interessen nicht mehr ein Volk gegen das andere bewaffnen, und Sie werden wissen, daß meine Sendung keinen andern Zweck, als den des Friedens, hat. Dieß kann und darf ich sagen, wenngleich meine Stellung mir eine große Zurückhaltung auferlegt, und ich schäze mich glücklich, hier für die brüderliche Eintracht Deutschlands und Frankreichs ein öffentliches Zeugnis ablegen zu können. Ich sage Ihnen abermals meinen herzlichsten Dank.“ Ein erneuertes, jubelndes Hoch beantwortete die Rede des gefeierten Mannes. — Hierauf zog die Menge vor die Wohnung des Abg. Jung, welchem eine Nachtmusik gebracht wurde. Er hat in seiner Dankrede, das Volk von Berlin möge seine stets behauptete Würde und seinen Ernst bewahren, und nicht, durch Eifer verblendet, sich zu Fehlerritten, wie sie leider zu beklagen sein, hinreißen lassen, denn es müßte seine Ruhe und seinen Ernst zu würdigeren Dingen verwenden. Die Massen gingen hierauf ruhig auseinander.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staats-Verfassung.

Dreizehnte Sitzung, vom 8. Juni. (Schluß.)

Minister Hansemann: Auch das Ministerium erkenne die Revolution und ihre Folgen an, könne sich aber dessenungeachtet mit der Form des Ausspruches nicht ganz einverstanden erklären. Am 18. März sei die constitutionelle Monarchie bereits zugesagt gewesen: hier habe keine Revolution wie in Paris und vordem in England, sondern nur „eine Transaction zwischen Krone und Volk“ stattgefunden. Ob sich der Antrag mit der Grundlage, auf welcher das jetzige Ministerium steht, vertrage: darüber könne es sich heut noch nicht entscheiden, weshalb die Debatte auf morgen vertagt werden möge.

Hr. v. Borries verliest nun noch zwei Amendements, ein beschränkendes des Hrn. Steinbeck und ein von ihm ausgehendes, welches den Antrag fast ganz beseitigt und nur von der „hohen Bedeutung des Kampfes“ spricht.

Hr. Stein spricht gegen die Vertagung. Gleich dem Ministerium, welches die Adressdebatte haben zu müssen erklärt hätte, bedürfe auch das Volk einer großen Debatte, wie sie der Berends'sche Antrag jetzt möglich mache. Auf ihn, auf die Anerkennung der Revolution mit allen ihren Konsequenzen müsse man daher zurückkommen. Herr Behnisch kämpft, da das Ministerium seine Grundlage längst kennen müsse, auch gegen die Vertagung. (Präs. Wilde, welcher mittlerweile den Vorschlag wieder übernommen: „Es sind noch 29 Redner eingeschrieben.“) Hr. Bauer, aus Berlin spricht für die Vertagung bis morgen, da man jetzt bei der vorgerückten Zeit doch nicht mehr viel Redner hören könne.

Minister Hansemann: Das Ministerium wolle nur noch berathen, ob es sich mit der vorgeschlagenen Fassung einverstanden erklären könne.

Der Antrag auf Vertagung bis morgen wird angenommen. Der Präs. beraumt deshalb den Anfang der morgenden (Freitags-) Sitzung auf 10 Uhr Vormittags an. (Schluß der Sitzung 3½ Uhr.)

Die vierzehnte Sitzung, vom 8. Juni, beginnt, unter dem Präsidium des zweiten Vicepräsidenten Waldeck, mit Verlesung des Protokolls der gestrigen Sitzung, welches sofort angenommen wird.

Hr. Zachariä trägt, nachdem man nunmehr auf die Berends'sche An- gelegenheit zurückgekommen, in einer längeren Rede auf motivirte Tages- ordnung an, indem er folgenden Wortlaut gab: „Die Versammlung geht, in Erwägung, daß die hohe Bedeutung der großen März-Ereignisse, denen wir, in Verbindung mit der königlichen Zustimmung, den gegenwärtigen staatsrecht- lichen Zustand verdanken, auch das Verdienst der Kämpfer um dieselbe unbe- stritten ist, überdies die Versammlung ihren Auftrag nicht darin erkennt, Ur- theile abzugeben, sondern die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren, zur Ta- gesordnung über.“ Hr. Jung will, daß nicht von der Debatte abgegangen werde, da dieser vorliegende große Prinzipienkampf ausgefochten werden müsse wie er begonnen worden. Hr. Sydow ist eben dafür. Nicht Jedes könne zu jeder Zeit Plag greifen, deshalb sei es die Pflicht der Versammlung, vorläufig diesen Prinzipienstreit auszufechten, und zwar mit den würdigsten Waffen. Der Antrag enthalte viel Verfängliches in seiner gegenwärtigen Fassung. Eben deshalb dürfe sich die Versammlung aber auch nicht fangen lassen. — Dürfe er seine persönliche Ansicht über die Revolution aussprechen, so könne er eine solche nur anerkennen, wenn sie die politische Nothwehr des Volkes sei, etwa in der Weise, wie die Nothwendigkeit eines Naturereignisses in demselben

selbst schon enthalten. In dieser Hinsicht dürfe man auch, vom christlich-sittli- chen Standpunkte aus betrachtet, daran Theil nehmen. (Widerspruch, nament- lich der Linken, der sich im Laufe der Rede mehrmals wiederholt.) Aber gerade aus Treue gegen das constitutionelle Königthum dürfe sich die Versamm- lung in diesem Falle nicht auf den Boden der Revolution begeben und die- selbe in der beantragten Weise anerkennen, zumal die Austheilung nationaler Ehren ein unbestrittenes Recht der souveränen Gewalt, mithin des Königs, sei. — Hr. Plönnis beantragt im Namen der Helden den Uebergang zur Tages- ordnung. (Heiterkeit.) Finanzminister Hansemann spricht sich für die un- bedingte Aufrechthaltung der Redefreiheit, die heut schon mehrfach verletz- ten, aus, namentlich müsse es einem Jeden, der z. B. auf die motivirte Tages- ordnung anträgt, unbenommen sein, eben diese zu motiviren. —

Hr. Berends vertheidigt gegen die persönliche Anschuldigung, einen ver- fänglichen (Hr. Sydow gebrauchte nämlich dieses Wort; s. ob.) Antrag gestellt zu haben. Derselbe verlange auch nicht etwa eine geschichtliche Anerken- nung, denn diese verstände sich von selbst dadurch, daß man Thatfachen nie ver- leugnen könne, sondern die Anerkennung des Prinzips des welthistorischen Ereignisses unserer Revolution. Keiner könne es mehr bedauern, als er, daß, wie sich Jemand geäußert, kein frischer Kranz mehr auf das Grab der Ge- fallenen gelegt werden könne, indem schon drei Wochen seit Zusammentritt der Versammlung vergangen, ohne daß man der mittelbaren Urheber derselben ge- dacht. Hr. Sydow erklärt, daß er keineswegs den Antrag einen verfänglichen genannt, sondern nur die Konsequenzen, die ja nach der Individualität der Ab- stimmenden daraus gezogen werden können.

Hr. v. Daniels ermahnt zur Prüfung des Handwerkszeuges, wenn man zur Ausführung eines gewichtigen Werkes schreite. Dem Volke könne durch die Versammlung auf andere Weise gedient werden, als durch Nationalbelöbi- gungen zc. und Berathungen über solche. Redner verlangt, daß man zuvörderst zu der wichtigen Adress-Debatte des baldigsten übergehe. — Ebenso will Herr Weichsel den Zachariä'schen Antrag auf motivirte Tagesordnung verworfen wissen, weil es die Pflicht der Versammlung sei, rasch zu Ende zu kommen und die Zeit nicht an Förmlichkeiten zu vergeuden. Hr. Stein ist derselben Ansicht und fügt hinzu, daß die Thatfache der Revolution nicht anerkannt zu werden brauche, sondern nur, daß in derselben der vollständigste Bruch mit dem alten System enthalten. Ein Abgeordneter spricht sich dahin aus, daß die Ver- sammlung vorhanden, um den Bau des Neuen zu fördern, nicht aber den der Gewalt. Sie solle nicht Geschichte dekretiren, sondern machen. Er müsse sich daher gegen das Prinzip der Revolution erklären, wie es hier aus- gesprochen worden. Dieselbe sei, genau genommen, nur ein Glied in der lan- gen Kette der großen reformatorischen Ereignisse der Neuzeit, folglich auch nur Reform zu nennen. Eine Revolution in der wahren Bedeutung des Wortes möge uns überhaupt fern bleiben, denn sie verschlinge, wie ein geistreicher fran- zösischer Redner gesagt, gleich Saturn, die eigenen Kinder. Dies sei ein eben so klassischer Ausdruck als der im Berends'schen Antrag gebrauchte. Als Letzterer behauptet, daß unsere Märztag nicht eine Reform, sondern eine Staatsumwälzung herbeigeführt, erwidert jener, daß Revolution und Reform, beide eine Umwälzung in sich schließen, jene sei eine gegen, diese aber mit dem Willen der herrschenden Gewalt. Letztere habe bei uns nun eben stattgefunden.

Hr. Jonas (für Potsdam) erklärt, daß auch er den Uebergang der ab- soluten Monarchie in die constitutionelle mit Freuden begrüßt habe, denn es liege auf der Hand, daß die Krone die Verpflichtung habe, Alles für das Volk eben durch dasselbe zu thun. — Frage man, wie jene Veränderung vor sich ge- gangen und antwortet darauf, durch den Kampf des 18—19. März, so liege freilich darin schon die Anerkennung der Revolution. — Er wolle nun zwar die Tapferkeit und den Ruhm der Kämpfer nicht antasten, doch könne er der Revolution nie beistimmen, wenn sie als ein sittliches Vorbild, welches also be- folgt werden müsse, aufgestellt würde. Ehe man einen dahin zielenden Beschluß fasse, möge man sich daher reiflich bedenken.

Finanzminister Hansemann: Ich kann die Absicht der Versammlung, fortdauernd noch über das Prinzip zu debattiren, nicht billigen. Ueberhaupt wird mit der Verhandlung dieses Antrages ein neuer Zankapfel in das Land geworfen. Es ist jetzt nicht die Zeit, über Prinzipien zu hadern, die Gelegen- heit dazu wird uns später bei den einzelnen Gesetzesvorlagen werden. Beden- ken Sie vielmehr, meine Herren, daß, während Sie sich hier fortdauernd in Förmlichkeiten ergehen und verlieren, das Land, welches in Elend und Geld- noth liegt, mit Sehnsucht des Augenblicks harret, wo das zurückgekehrte gegen- seitige Zutrauen Ackerbau, Handwerke, Fabriken und Handarbeiten wieder he- ben wird. Ich beschwöre Sie darum, meine Herren, rücken Sie diesen Zeitpunkt nicht zu fern hinaus, denn von Ihnen allein, die Sie dem Staate und seinem Wohlstande eine mächtige Grundmauer bauen sollen, hängt seine Zukunft ab, die nicht eher erfolgen kann, bis unsere staatlichen Rechte festgestellt worden. Sie fehlen uns noch, darum das Mißtrauen, das Elend, die Noth. — Es ist unserer unwürdig, Zwietracht zu säen, wir müssen vielmehr Vermittler sein zwischen allen Parteien, das Volk mit dem Heere, das doch auch aus dem Volke entnommen, versöhnen, mit dem Heere, welches unser Schutz, unsere Wehr, un- sere Macht ist, die dem Feinde imponiren soll. — Die Annahme des Antrages würde, das glauben Sie mir, die traurigsten Folgen haben (Murren zur Lin- ken), denn ein Zwiespalt der Meinungen würde mindestens entstehen müssen. Unsere Versammlung soll sich überdies, wie jede hoch politische, mit den höchsten Interessen, nie aber mit leeren Förmlichkeiten beschäftigen. (Bravo mit unter- mischtem Zischen.)

Hr. v. Ester: Der Hr. Finanzminister scheint durch seine Rede erzielen zu wollen, daß die schwebende Prinzipienfrage unerörtert bleibe. Das darf nicht geschehen. Das Staatsministerium hat ja erst kürzlich bei der Debatte über die Adresse, die sogar zu einer Kabinettsfrage gemacht wurde, gar heftig auf die Erörterung von Prinzipien bestanden, und heute sollte ein Mitglied des- selben gerade das Gegentheil erstreben? —

Finanzminister Hansemann: Damals handelte es sich um allgemeine Prinzipien, wie es sich heute nur um ein einzelnes handelt. — (Erneuerter Lärm und Ruf: zum Schluß! Abstimmen!)

Auf das Begehren der Kammer wird zur Abstimmung durch nament- lichen Aufruf geschritten, welcher schon früher beantragt worden und daher, an- statt der sonst gebräuchlichen Abstimmung durch Aufstehen zc. eintreten mußte. — Für Ja haben gestimmt: 177, für Nein: 196, der Antrag auf motivirte

Tagesordnung ist also angenommen, der Berendsche Hauptantrag (zu welchem acht Amendements und ein Unter-Amendement angemeldet waren) also verworfen. (Mehrheit auch für die Minister: 19 Stimmen.)

Hr. Rodbertus macht nun seine Anfrage an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten, ob es gegründet sei, daß dänische Schiffe gegenwärtig, wo Deutschland mit Dänemark im Kriege ist, ungehindert und ohne Gefahr eines Embargo, in den übrigen deutschen Häfen, außer den Preussischen und Mecklenburgischen, verkehren können? Zur Begründung der Anfrage bemerkt Hr. Rodbertus, daß, während Deutschland doch mit Dänemark im Kriege sei, besondere friedliche Verständigungen, z. B. zwischen Oesterreich und Dänemark hinsichtlich des Schiffsverkehrs eintreten. Beweis hiefür sei die durch die Zeitungen veröffentlichte Note des Dänischen an das Oesterreichische Cabinet, wie sie unterm 18. v. M. ergangen sei. (Der Redner verlas hierbei die Note.) Preussens Bewohner erleiden durch den Krieg höchst bedauerliche, zum Theil unersehbare Verluste, und dennoch mache sich „der schmachvolle Zustand Deutscher Uneinigkeit“ geltend; denn auf der einen Seite führe ein Theil Deutschlands, welcher Preußen heißt, Krieg und auf der andern wechselt ein anderer, Oesterreich oder Hannover heißender Theil Deutschlands freundliche Noten mit dem Landesfeinde; ein Theil, der sich Preußen nennt, hat bereits über 80 Schiffe eingebüßt und ein anderer läßt die feindlichen Schiffe friedlich verkehren! Einen solchen schmachvollen Zustand müsse man scharf rügen, und er (Redner) beantrage daher: die Versammlung solle eine diese Angelegenheit betreffende Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung richten. Der Minister v. Arnim antwortet, daß er nur Thatsachen ohne Bemerkungen mittheilen werde. Der Minister berichtet danach kurz über den (aus den Zeitungen bekannten) Thatbestand.

Der Antrag des Hrn. Neuenburg: die Versammlung möge zur Vermeidung der Zwangsanleihe einen Aufruf an das Preussische Volk erlassen, um dasselbe zu einem Geschenk zu veranlassen, und es möge sofort, ein aus 8 Mitgliedern bestehender Ausschuss zur Abfassung des Aufrufs niedergesetzt werden, wurde nur schwach unterstützt und an die Abtheilungen gewiesen.

Hr. Feyerabend fragt den Kriegsminister: ob und in wie weit die Cadettenhäuser und sonstigen Militär-Erziehungsanstalten aufgehoben werden sollten? Nach mehr als 25jährigem Frieden habe das Land nämlich geglaubt, auf Verminderung des Militär-Stats rechnen zu dürfen; diese Hoffnung habe sich aber nicht erfüllt, die Ausgaben seien vielmehr erhöht worden, wozu auch die Cadettenhäuser mitwirkten. Die Erziehung in denselben und anderen militärischen Anstalten sei jedenfalls unzweckmäßig. — Kriegsminister Hr. Canitz: Die große Einseitigkeit und ausschließliche militärische Richtung, wie sie in den Cadettenhäusern geherrscht, werde jedenfalls beseitigt und auf praktische Ausbildung dergestalt hingewirkt werden, daß die jungen Leute nachher jede Laufbahn einschlagen können. Diese Umgestaltung sei bereits eingeleitet und solle damit fortgeführt werden; eine gänzliche Abschaffung der Cadettenhäuser könne das Ministerium nicht empfehlen. Was die übrigen, meist Waisen-Anstalten betreffe, so seien auch bei denen in Potsdam und Pless sich viele Verbesserungen angebahnt; diese Anstalten rühren aus großen landesfürstlichen Stiftungen Friedrich Wilhelms I. her, und es sei nicht gut, jetzt Waisen-Anstalten aufzulösen. Die Schulabtheilung liefere dem Heere sehr nützliche Unteroffiziere, namentlich nach Westphalen und der Rheinprovinz, wo keine große Neigung zum Militärdienst vorwalte. Der Eintritt in jene Abtheilung sei übrigens ganz freiwillig.

Hr. Stiller beantragt, daß diejenigen Personen, welche monatlich nur 1 Sgr. 3 Pf. Kopfsteuer bezahlen, sofort bis dahin, wo ein neues Steuergesetz eingetreten sein wird, von dieser Steuer freigelassen werden. (An die Abtheilungen.)

Hr. Reichensperger I. fragt den Minister des Auswärtigen, ob es wahr sei, daß die Preuss. Regierung in einer, an die Weimarsche Regierung erlassenen, Note die gleichzeitige Einberufung möglichst vieler Ständekammern als das wirksamste Gegengewicht gegen die Frankfurter konstituierende Versammlung empfohlen hat? Es sei bekannt, welche große Aufregung die Aeußerung Rob. Blums bei Gelegenheit des Raveauschen Antrags in Frankfurt erzeugt habe; er Redner wisse nicht, ob die Note an Weimar oder Meiningen gerichtet sei, doch thue das zur Sache nichts. — Minister v. Arnim: der Gegenstand sei ihm nicht neu, und habe er sich bereits gegen den Preuss. Gesandten in Frankfurt geäußert. Der Minister las hierauf das bezügliche, vom 31. v. M. datirte, Schreiben, worin der Gesandte ermächtigt wird, jene durchaus falsche Angabe, in geeigneter Weise zu berichtigen. Der Gesandte habe auch diese Weisung befolgt und die Note in Frankfurt kreisen lassen, so daß es sich zeigte, wie sehr Preußen verleumdete worden sei. Nun habe es neuerdings geheissen, man habe sich geirrt, die Note sei an die k. Sächsische Regierung gelangt, worauf er (der Minister) sich auf das Neue an den k. Gesandten in Frankfurt gewandt habe. Er las das zweite, vom 1. d. M. datirte Schreiben, worin der Gesandte zu einer scharfen, derben Berichtigung ermächtigt wurde, indem die Preussische Regierung nie einen so unglückseligen Rath erteilt und sich keines Verraths an der deutschen Sache schuldig gemacht habe. (Lebhafte Beifall.) Diese Aktenstücke, die Schreiben des Ministers an den Gesandten mögen daher auf das Bureau niedergelegt werden, welchem Vorschlage des Ministers die Versammlung beitriff.

Hr. Reichensperger II. beantragt, die Versammlung möge beschließen, daß eine sofortige Revision des Ausgabe-Budgets zu bewirken sei. Bei der gleich zugelassenen Debatte weist der Antragsteller auf die nothwendige Verminderung der Gehalte und Pensionen hin.

Zwei Anträge des Hrn. Jander, 1) auf sofortige Abschaffung der Klassensteuer, 2) sofortige Abschaffung der an den Domänenfiscus von den betreffenden Gemeinden an Getreide-, Geldrenten u. s. w. zu leistenden Zinsungen, werden nicht unterstützt, daher von vornherein beseitigt.

Der Präsident schließt die Sitzung um 2½ Uhr und beraumt (wegen der Pfingstferien) die nächste auf Mittwoch den 14. um 12 Uhr Mittags an.

Frankfurt. — In der 14ten Sitzung der deutschen National-Versammlung erstattete Heckscher Namens des Ausschusses für völkerrechtliche Fragen Bericht über die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit. Der Ausschussantrag ist: „Die deutsche National-Versammlung erklärt, daß die Schleswigsche Sache, als eine Angelegenheit der deutschen Nation, zu dem Bereich ihrer Wirksamkeit gehört und verlangt, daß bei dem Abschlusse des Friedens mit der Krone Dänemark das Recht der Herzogthümer Schleswig und Holstein und die Ehre Deutschlands gewahrt werde. Auch spricht die deutsche National-Versammlung die zuversichtliche Erwartung aus, daß in der Voraussetzung, daß der Rückzug der deutschen Bundestruppen nach dem Süden Schleswigs strategischen Gründen beizumessen

sei, für die erforderliche Verstärkung des Bundesheeres in Schleswig-Holstein, so wie für die Sicherstellung des durch den erwählten Rückzug den feindlichen Einfällen etwa bloßgestellten nördlichen Schleswigs, schnelle und wirksame Fürsorge getroffen werde.“ Die Verhandlung darüber wurde auf die Tagesordnung der morgenden Sitzung gesetzt. Ferner erstattete Mittermaier Bericht bezüglich des Protestes der Luxemburger Abgeordneten. Der Antrag des Ausschusses geht darauf, daß die National-Versammlung in Erwägung, daß Instruktionen und Beschränkungen bei den Wahlen nicht für rechtsverbindlich anerkannt, und daß der eingelegte Protest nicht beachtet werden könne, die Abgeordneten von Luxemburg auffordern solle, an den Verhandlungen wieder Theil zu nehmen. Ferner berichtete Radowiz Namens des Marine-Ausschusses mit dem Schluß-Antrage, daß die Bundes-Versammlung zu veranlassen sei, die Summe von 6 Millionen Thalern auf verfassungsmäßigem Wege für die Marine, und zwar den Betrag von 3 Millionen sofort, verfügbar zu machen. Die nächste Sitzung ist auf den 9. Juni anberaumt.

In dem Ausschusse für die Exekutiv-Gewalt wurde der nachstehende, von Dahmann gestellte Antrag angenommen: Die Nationalversammlung beschließt: 1) Bis zur definitiven Begründung einer obersten Regierungsgewalt für Deutschland soll eine Bundes-Direktorium zur Ausübung dieser obersten Gewalt in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt werden. 2) Dasselbe soll aus 3 Männern bestehen, welche das Vertrauen der National-Versammlung genießen und, nach vorläufiger Vereinbarung mit einem von der National-Versammlung eigens hierzu gewählten Ausschusse von 30 Mitgliedern, von den Regierungen ernannt und von der National-Versammlung gebilligt werden. Oesterreich und Preußen bestellt je einen derselben; der Dritte wird von den übrigen Bundesstaaten aus 3 von Bayern vorzuschlagenden Kandidaten durch Stimmenmehrheit der Aen bis 17ten Stimme der engeren Versammlung des Bundestages erwählt. 3) Das Bundes-Direktorium hat: a) die von der konstituierenden National-Versammlung gefaßten und von ihm genehmigten Beschlüsse durch seine Verkündung in Rechtskraft zu setzen und zu vollziehen; b) die zur Vollziehung der Reichsgesetze nöthigen Verordnungen zu erlassen; c) die Oberleitung sämmtlicher Verteidigungseinrichtungen zu übernehmen und den Oberfeldherrn sämmtlicher Bundesstruppen zu ernennen; d) die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands auszuüben, Gesandte und Konsuln zu ernennen. 4) Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beschließt das Bundes-Direktorium im Einverständnisse mit der National-Versammlung. 5) Das Bundes-Direktorium übt seine Gewalt durch von ihm ernannte, der National-Versammlung verantwortliche Minister aus. Alle Anordnungen desselben bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung wenigstens eines verantwortlichen Ministers. 6) Das Bundes-Direktorium ernannt zu diesem Ende a) einen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten; b) einen Minister des Krieges (zugleich für die Marine); c) einen Minister des Innern; d) einen Finanz-Minister; e) einen Minister für Ackerbau, Gewerbe, Handel und für öffentliche Arbeiten. 7) Die Minister haben das Recht, den Berathungen der National-Versammlung beizuwohnen und von derselben jederzeit gehört zu werden; sie haben jedoch das Stimmrecht in der National-Versammlung nur dann, wenn sie als Mitglieder derselben gewählt sind. Dagegen ist die Stellung eines Mitgliedes des Bundes-Direktoriums mit jener eines Abgeordneten zur National-Versammlung unvereinbar. 8) Sobald das Verfassungswerk für Deutschland vollendet und in Ausführung gebracht ist, hört die Thätigkeit des Direktoriums und seiner Minister auf.

Flensburg, den 9. Juni. (S. S. 3.) Den 7. Abends erschien in Flensburg derselbe Dänische Parlamentair, der schon am 4. dort gewesen war, abermals angeblich mit Briefen an Gefangene und Verwundete. Da diese Besuche nachgerade auffallend werden, soll sich General Wangel deren Wiederholung verbeten haben. — Die Nachricht, daß die Preussischen Kranken und Aerzte von Christiansfeld fortgeführt seien, war nicht begründet.

— Bei dem Gefechte am 5. d. verlor die reitende Preussische Artillerie 3 Mann und 11 Pferde; von der Feldartillerie waren nur die Haubitzen im Feuer. Das Gefecht vor den Höhen von Düppel bewegte sich in einem sehr beschränkten Terrain; die Dänen entsandten einige Zeit Kolonnen aus ihrer festen Position, später aber hielten sie sich auf der Höhe, gedeckt durch das Geschütz ihrer Schiffe und sandten nur Tiralleure vor. Nach 6 Uhr kam noch die Meldung, daß Artillerie und Jäger, welche von den Höhen abgedrängt waren, sich nach Alsen einschifften; ihnen nachgesandte Husaren und Jäger kamen jedoch zu spät und erbeuteten nur 8 vortreffliche Pferde. Die Preussische Infanterie hat sich vortrefflich geschlagen, namentlich das 12. Regiment.

— Auszug aus den neuesten Depeschen des Generalleutenants Hallett. Hauptquartier Flensburg, 7. Juni. Die Armee hat neue Kantonnements in der Gegend von Flensburg und Bau bezogen. Die Brigade Bonin steht dem Feinde zunächst, hinter einer Linie, die von Akbüll nach Warnis läuft. Es freut mich anzeigen zu können, daß die schwer verwundeten Offiziere: Sekondelieutenant Friesland, Sekondelieutenant Appuhn und Kapitän Dammert, sich den Umständen nach gut befinden. Die übrigen Offiziere geben zu keiner Besorgniß Veranlassung.

Prag, den 6. Mai. (Bresl. Ztg.) Gestern war ein Fest, wie es Praga's alte Mauer noch nie gesehen, ein Fest, bei welchem sich aus allen Slavischen Ländern Repräsentanten einfanden. Auf dem Sct. Wenzelsplatze (Kopmarkt) wurde vor der Sct. Wenzelsstatue unter freiem Himmel eine Messe in Slavischer Sprache (Griechischen Ritus) gelesen. — Im Böhmischen Nationalmuseum versammelten sich die Theilnehmer des Festzuges, der um 10 Uhr begann. Weiß gekleidete Mädchen, unter denen sich viele im Alt-slavischen Kostüme befanden, geschmückt mit Binden in Panslawistischen Farben, eröffneten den Zug, an sie schlossen sich Mädchen und Frauen der Mitglieder der Versammlung, dann folgte eine Abtheilung Slavia mit der Panslawistischen und Böhmischen Fahne, die Deputirten und hiesigen Theilnehmer des Slaventongresses, geordnet nach den Sektionen, eine Abtheilung der Svornost. Die Spaliere gaben die Techniker, Philosophen, Juristen und Svornost. Auf dem Sct. Wenzelsplatze war die

(Mit zwei Beilagen.)

technische Kohorte bereits aufgestellt, um den Altar frei zu erhalten. Presbyter Etamatorie las die Messe und hielt eine feierliche Anrede, das Sängerkor der Techniker und Slavia sang die geistlichen Lieder. — Als der Zug zurückging, da ertönte auf dem Platze von der gedrängt stehenden Menschenmenge ein tausendstimmiges Slava vám! Aus allen Fenstern wehten weiße Tücher und nur hier und da zog sich eine Deutsche Partei oder Familie still zurück; fortplauzte sich dieser Ruf durch die langen Gassen und verhallte erst, als der Zug wieder im Hofe des Museums angelangt war. Es ist für die Deutschen hier eine gewiß traurige Erfahrung, die sie machten, daß ihre Sache eine halb verlorene sei. — Abends war großes Slavifest auf der Schützeninsel und Sonnabends wird auf der Sophieninsel großer Slavenball sein, wozu nur Slavisch Bekleidete Zutritt haben. — Herr Graf Bombelles (derjenige, welcher den Kaiser zur Flucht bewog) soll hier sein, wahrscheinlich um mit unserm konservativen und reaktionären Adel zu konspiriren.

Wien, den 6. Juni. Stille ist's jetzt in Wien, wie sonst nie; Conspirationen werden bald zu den Schöpfungen der Fabeldichter gehören, und wenn man den Hufschlag eines Rosses auf dem Pflaster hört, so kann man gewiß sein, daß sich Roß und Reiter offiziell als Patrouille, Ordonnanz u. dgl. in Bewegung gesetzt haben. Wohl wünschen wir das Ende dieses ungewissen Zustandes heran, wohl sähen wir gern den Kaiser wieder in seiner Burg; aber wir sind darum nicht geneigt, den geflohenen Monarchen um den Preis feiger Zugeständnisse in seine Hauptstadt einzuziehen zu sehen. Diese Zugeständnisse — man wünscht und erwartet sie in Innsbruck; noch immer giebt die Camarilla die Hoffnung nicht auf, ihre verlassene Stellung wieder zu erobern, Erzherzog Ludwig, Graf Laaffe, Graf Dietrichstein und gar Graf Bombelles sind in Ficht, dem Oesterreichischen Koblenz, oder wie ein müßiger Bischof sagte: in Aristokratien, um abzuwarten und Rath zu halten, wie der Verrath am Volke einzuleiten sei; Erzherzog Rainer, Erzherzogin Sophie und ihr Baiersch-Oesterreichischer Anhang umgeben den Kaiser, so daß er Niemanden allein sprechen darf; die Kaiserin Mutter arbeitet für die ehrwürdige Geißlichkeit und für die heilige Sache der Fürsten inmitten fremmer Jesuiten in Salzburg, und unser Minister Doblhoff, der von hier aus nach Innsbruck geschickt wurde, wird nicht besser und nicht schlechter als ein Spion betrachtet, gegen den man einstweilen noch gewisse Rücksichten zu beobachten hat. Zwischen ihm und den Kaiser drängen sich geschäftige Hofleute, bemüht, die Wiener Zustände ins grellste Licht zu bringen, und Erzherzog Johann, der einzige kaiserliche Prinz, welcher Verständniß für die Forderungen und Errungenschaften unserer Zeit hat, entbehrt jedes Einflusses bei Hofe. Was haben wir demnach von Innsbruck zu erwarten? was von unserem Kaiser, den seine eigene Familie geistig und physisch gefangen hält und der zur Abdankung zu Gunsten seines Neffen drängt? Man spricht davon, der Kaiser werde sich nach Persien (eine halbe Tagereise von Wien) begeben; der junge Thronfolger werde die Regierung unter der Regentschaft seiner Mutter, der Erzherzogin Sophie, einstweilen übernehmen und Erzherzog Johann ihm zur Seite stehen. Officielles ist indessen über die Schritte des Hofes nichts bekannt; unser Ministerium ist, wie ich Ihnen versichern kann, eben so im Dunkeln über die Innsbrucker Verhandlungen, wie das Publikum. Doblhoff vertritt indessen am Hofe das Wiener Ministerium auf würdigste, und wirkt wenigstens dahin, daß die konstitutionellen Formen eingehalten werden. — Im Temescher Comitatz in Ungarn wurde das Cölibat kurzweg aufgehoben. Die Sache schien für die Geißlichkeit dringend zu sein, und der Weg von Temesch bis Rom etwas zu weit und bei den jetzigen Wirren Italiens nicht ohne Gefahr. (Köln. Ztg.)

Aus Wien, den 4. Juni, schreibt die „Presl. Z.“: Aus mehrfachen Umständen scheint hervorzugehen, daß der Kaiser die fremden Gesandten nur deshalb nach Innsbruck an sein Hoflager beschieden habe, um dort in feierlicher Weise die Krone nieder zulegen und seinen Bruder Franz Karl als seinen Nachfolger auf dem Throne zu erklären. Nicht nur scheint die Würde des Thrones diesen Schritt zu verlangen, da es sich mit der Hoheit der Krone schlecht zusammenräumen ließe, und der Monarch jetzt ohne Bürgschaften, gleichsam wie ein eingebrachter Flüchtling in seine unruhige Hauptstadt zurückkehren müßte, sondern es sind hierbei auch andere mächtige Triebfedern thätig, die man erst in der Folgezeit offen darlegen dürfte. So viel steht fest, daß Ihre Kais. Hoheit die Erzherzogin Sophie, eine energische und ehrgeizige Frau, seit lange her dahin wirkt, daß die Verhältnisse der Thronfolge baldigt geordnet werden, und daß die Vorkämpfer der Märztage in diese Intrigue vielfach verflochten gewesen sind. Auch dürfte es von Bedeutung sein zu wissen, daß Graf Bombelles, der den Kaiser zur Flucht bewog, Erzähler des Kronprinzen Erzherzogs Franz Joseph, des Sohnes der Erzherzogin Sophie ist.

Peßh, den 8. Juni. Ich beile mich, Ihnen die hochwichtige Nachricht mitzutheilen, daß nach einer unserem Ministerium zugekommenen Depesche des Vicekönigs Erzherzog Stephan, welcher sich gegenwärtig beim Könige befindet, dieser den Entschluß gefaßt, den am 2. Juli hier zusammentretenden Landtag persönlich zu eröffnen und darauf zwei Monate in Ofen-Peßh zu residiren. Die Ausführung dieses Entschlusses wird von höchster Wichtigkeit für Ungarn und die gesammte Oesterreichische Monarchie sein. Es ist aber noch zu befürchten, daß die reaktionäre Spartei diesen R. Entschluß inzwischen rückgängig machen werde. Man wird in solcher Befürchtung bestärkt, wenn man aus sicherer Quelle erfährt, daß der Erzherzog Franz Karl dem Ban Jellatschitsch die Weisung erteilt hat, alle Handbilletten des Königs unberücksichtigt zu lassen und nur die von ihm unter-

zeichneten Befehle zu vollziehen. — Zur Feier der Union Siebenbürgens mit Ungarn wird heute Abends unsere Doppelstadt glänzend illuminirt werden. Der Premier-Minister Batthany ist gestern mit der Deputation des Siebenbürgischen Landtages zum Könige gereist. — Aus Croatien fehlen hier schon mehrere Tage die Posten. Der Ban hat Croatien durch einen Militär-Cordon absperren lassen. 8000 Flinten sind ihm mit einem geheimnißvollen Schiffe zugeführt worden. Auch an Geld hat er Ueberfluß. Auf den 5. d. ist in Agram die Landes-Congregation der drei Königreiche Croatien, Slavonien und Dalmatien zusammenberufen. Der Carlwitzer Erzbischof hat sich mit einer zahlreichen kaiserlichen Deputation bereits dahin begeben. — Unser Cultus-Minister Götvös hat die vornehmsten römisch-katholischen Prälaten zu einer geheimen Conferenz hierher beschieden. (Presl. Ztg.)

Die fremden Nationalitäten erheben sich immer mächtiger in den ungarischen Ländern. Die Illyrischen Slawen, die Serben, die Blachen sind in Bewegung. Ueber Jellatschitsch und die Croatischen Bestrebungen haben wir schon vielfach zu sprechen gehabt. Die Serbische Bewegung beginnt erst jetzt bedeutend und gefahrdrohend zu werden. So hat eine große Volksversammlung unter ihnen eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, aus welchen man wenigstens die Tendenzen der ganzen Bewegung ersehen kann. Die Serbische Nation, sagen sie, erklärt sich für eine freie, selbstständige Nation unter dem Hause Oesterreich und der Ungarischen Krone. Syrmien, Paes mit dem Banater Distrikt und dem Großkinder-Distrikt, werden auf Grund der mit dem Hause Oesterreich und der Ungarischen Krone geschlossenen Verträge für das Territorium des Serbischen Voivodenthums erklärt. Es wird der politische Verband des Serbischen Voivodenthums mit dem Königreiche Croatien, Slavonien und Dalmatien auf dem Grunde der Freiheit und der vollkommenen Gleichheit ausgesprochen, dessen Bedingungen ausgearbeitet werden sollen. Nicht genug, daß sie ihre Wünsche durch eine Deputation von 450 Mitglieder dem Kaiser aussprechen, sie haben auch den Prager Slawen-Congress angegangen, sich für ihre Sache beim Kaiser zu verwenden. Am 4. Juni berieth der Congress darüber, und beschloß die Absendung einer Deputation und Bitte aller drei Sectionen an Se. Maj., es möchte die von den Serben in Süd-Ungarn gemachte Proclamation des Erzbischofes von Carlovitz zum Patriarchen und des Obersten Suplikac zum Voivoda der Serbischen Nation von Se. Majestät anerkannt werden, weil dieses die friedliche und sichere Gestaltung besser und natürlicherer Verhältnisse in Süd-Ungarn nur befördern könne, und sich überdies noch auf ausdrückliche Privilegien der gedachten Nation stütze. — Die Blachen erheben sich namentlich in Siebenbürgen, wo sie bei Weitem die Mehrzahl der Bevölkerung bilden. Von den 2,143,310 Einwohnern des Landes kommen auf die Ungarn 225,652, auf die Szekler 380,357, auf die Deutschen 214,133, auf die Blachen 1,290,970, auf die Armenier 9141, auf die Juden 3155, auf die Zigeuner 19,902 Seelen. Man sieht also, daß die Blachische Bevölkerung Siebenbürgens die Ungarische, Szeklerische und Sächsische zusammen um fast 400,000 übersteigt, worin noch 37,000 Blachische Grenzer gezählt werden müssen. Auf einer großen Volksversammlung haben sie ihre Wünsche gleichfalls formulirt. Es ist ihrer eine schöne Menge, z. B. Folgendes: Constitution dieser Versammlung zu einer jährlichen. Aufhebung der Roboten ohne Vergütung. Repräsentation nach der Volkszahl in der Legislatur und Verwaltung mit der eigenen National-Sprache. Nichtachtung aller jener Gesetze, welche ohne Mitwirkung der Blachen verfaßt wurden. Aufhebung der bisherigen Gesetzbücher. Preß-, Lehr- und Redefreiheit. Vereinigungsrecht. Durchgängige Gleichheit des Bodens mit Inbegriff der Militärgrenze. Errichtung einer Blachischen Nationalgarde. Im Stillen gehen die Blachen noch weiter in ihren Wünschen. Ein großes Blachenreich, Rumänien, unter russischem Protektorate, einen russischen Prinzen an der Spitze, schwebt ihnen vor. (Köln. Ztg.)

U n g a r n.

I t a l i e n.

Der N. A. Z. schreibt man aus „Neapel, den 21. Mai“: Nehmen Sie immerhin alle möglichen Beleuchtungen und Beurtheilungen des blutigen 15. Mai in Ihre Spalten auf, gestatten Sie König, Schweizern und Lazzaroni alle möglichen Entschuldigungen: die traurige Wahrheit, daß ein längst vorbereiteter Staatsstreich Neapel dem Verderben nahe brachte, kann nicht geläugnet werden. Der König, niedergeschmettert von den Ereignissen in Sicilien, gab mit sehr gemischten Gefühlen die Constitution, sein Jugrinnm über die stets sich mehrenden Ansprüche steigerte sich von Tag zu Tag, er fing an zu bereuen Delcarretto's Rath der Contrerevolution nicht befolgt zu haben, und kampflustige Gendarmen, Schweizer und Staabsoffiziere flackelten seinen Ehrgeiz. Priester und Lazzaroni halfen. Während der König allmählig 15000 Mann in Neapel zusammenzog, schickte er die wüthendsten Schreier als Kanonensfutter gegen die Oesterreicher, mit weiteren Truppensendungen zögerte er und bediente sich seiner Kunstgriffe, stets den Schein rettend. Es würde hier zu weit führen, die fabelhaften Hindernisse zu entwickeln, welche er dem Abmarsch seines Heeres entgegenstellte. Auf dem Campo wurde ein künstlicher Krawall zwischen Nationalgarde und Volk veranstaltet, Feindschaft zwischen einigen königlichen Truppen-Corps wurde erheuchelt, tausend Galeeren-Sträflinge wurden in Freiheit gesetzt, um das Land und die Stadt unsicher zu machen, der Canonicus Pellicano wurde in der Kirche von Marinesoldaten verwundet, Gerüchte über hohe Steuern, welche die Depu-

Wirten demnächst ausschreiben würden, waren darauf berechnet, das Volk zu erbittern; die Nationalgarde der verschiedenen Stadtquartiere wurde gegeneinander gesetzt, Monsignor Coele durfte plötzlich wieder erscheinen, und der Nationalgarde war man bemüht die falsche Meinung beizubringen, daß die täglich mit Essen und Trinken regalirten Schweizer — als freies Volk nimmer gegen die Bürger Neapels kämpfen würden, und tausend andere Dinge. Warum ernannte der König am 14. fünfzig Pairs, da er doch wußte, daß die Nation durchaus keine Pairs wollte? Es war augenscheinlich darauf abgesehen, aufs äußerste zu reizen. Alles schien sorgfältig verabredet. Um Mittag ging von unbekannter Hand — man sagt, von einem als Nationalgardist verkleideten Gensdarmen — das verhängnisvolle Signal, der erste Schuß, los. Die Schweizer hatten jedoch fünfzig bis sechzig Patronen, die fünftrausend kämpfenden Gegner kaum vier oder fünf jeder. Wo Schweizer oder Königl. Soldaten mordend und raubend eindringen, da folgten ihnen sechzig bis siebzig wohl-disciplinirte Lazzaroni und füllten ihre Säcke, welche vorher genäht und von den Weibern in Bereitschaft gehalten wurden. Nunziante und andere hatten Befehl, in den Gräben des Castells Nuovo alle eingebrachten Gefangenen zu erschießen. Es warfen sich mehrere Personen dem Könige zu Füßen und baten um Befehl zum Aufhören des Blutvergießens, aber König Ferdinand blieb unerbittlich. Neapel dankt seine Rettung hauptsächlich dem General Vaudin. Hunderte schwuren bei der Madonna und allen Heiligen, den König zu ermorden. Die Aufregung in den Provinzen ist ungeheuer. Tausende von Familien sind unglücklich geworden. Grimmige Wuth Kocht in allen Herzen. Es ist dem König jetzt nicht mehr möglich, Vertrauen zu erwecken: er wird — so glaubt man allgemein — seinem Reich den Rücken zuwenden, nachdem er vorher den Befehl ertheilt, die Hauptstadt von St. Elmo aus zu beschießen.

Mailand. — Die Mailänder Zeitung veröffentlicht unterm 3. Juni einen Brief aus Rom, laut welchem Pius IX. dem Jesuitenfeind Gioberti, der sich gegen Ende Mai in Rom befand, versprochen hat, Karl Albert in Mailand selbst die eiserne Krone aufsetzen zu wollen. Mazzini richtet in seinem „Italien des Volks“ einen Aufruf an Karl Albert, der erste Präsident der Italienischen Republik zu werden.

— Nach den neuesten Nachrichten aus Rom ist Ferreri, der päpstliche Gesandte bei der Pforte, vom Großvezier eingeladen, Konstantinopel zu verlassen was man einer Russischen Intrigue zuschreibt. (N. 3.)

— Bulletin von Bergamo, den 5. Juni. (9 Uhr Vormittags). In diesem Augenblicke langt vom Lager her die Nachricht an, daß es nach einem offiziellen Briefe des Prinzen Eugen von Savoyen und des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Pareto, gewiß ist, daß der Bourbon von Neapel und sein erstgeborener Sohn feierlich enthauptet sind. So sei es! Die Piemontesen, scheint es, haben bei Villa Capella entschieden den linken Flügel des Deutschen Heeres gesprengt, und man spricht von einer entsetzlichen Menge Todter, welche das Erdreich bedecken. Das Geschehene soll vorgestern von Mittag bis Abend vorgefallen sein. Es läuft in Brescia das Gerücht, daß gestern Morgen die Oesterreicher bei einem neuen Versuch auf Goito eine neue Niederlage erlitten, und daß Fürst Schwarzenberg mit seinem Adjutanten durch eine Kanonenkugel entzweierrissen worden. — Das Genueser Blatt *Peniero Italiano* vom 4. Juni meldet aus der Lucchieser Risforma, also auch auf einem Umwege, daß am 2. Juni in Livorno die Nachricht eintraf, es sei ein neuer Aufstand in Neapel, der König solle in den Händen des Volks sein. (N. 3.)

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Das gestrige, vom Vikar Pestrich „im Namen von 250 Personen“ unterzeichnete Inserat aus Schneidemühl stammt aus der bekannten polnisch-kerikalischen Oder-Zeitung, in der es Nummer 134. vom 10ten Juni abgedruckt ist. Glaube wirklich der polnische Einsender, der für schweres Geld das Schriftstück in die hiesige Zeitung gebracht hat, mit einem so plumphen, ekelerregenden Nachwerk Erfolge zu erzielen? Wenigstens mehr Verstand hätten wir der Partei zugetraut, bessere Terrainkenntnis und etwas mehr Dekonomie bei den doch immer schwachen Geldmitteln. An ihrer Stelle würden wir z. B. in Frankfurt neue Arbeiteraufstände organisiren, das könnte doch jedenfalls eher nützen. Oder aber sollte dort auch schon alle Mühe vergebens seyn? Nun, dann wüßte man, aber nicht auf so ungeschickte Weise und mit solcher Verlegung jedes guten Geschmacks!

Sommertheater im Odeum.

Wegen des am 15ten Juni angefügten Abschiedskonzerts findet die an demselben Tage annoncierte Vorstellung im Sommertheater heute den 16ten Juni statt.

Bekanntmachung.

Der Wirth Stanislaus Kukla zu Samolęz bei Bronke, ist durch Erkenntnis des unterzeichneten Ober-Landesgerichts für einen Perschwendler erklärt worden, es darf ihm daher ferner kein Kredit ertheilt werden.

Posen, den 28. Mai 1848.

Königl. Oberlandesgericht; Abtheilung für die Prozeß-Sachen.

Ediktalvortagung.

Der am 26ten Februar 1790 zu Lossen geborne Gottfried Ueberschär, Sohn des dasigen Bauers Gottfried Ueberschär, der sich zu Oßern 1837 von seinem Wohnorte Lossen angeblich nach Posen entfernt hat, so wie seine etwaigen unbekannteten Erben oder Erbnehmer werden hiermit vorgeladen, sich entweder

am 9ten November 1848

bis spätestens 5 Uhr Nachmittags in dem Gerichts-Zimmer zu Lossen, Kreis Brieg in Schlessen, oder vorher schriftlich oder mündlich in der Gerichts-Kanzlei zu Löwen zu melden und weitere Anweisung zu gewärtigen.

Sollte sich bis zum 9ten November 1848 Niemand gemeldet haben, so wird der Gottfried Ueberschär für todt erklärt, die mit vorgeladenen unbekannteten Erben aber mit ihren Ansprüchen an dessen Nachlaß präkludirt und das zurückgelassene Vermögen des Provocaten den bekannteten Erben, welche sich als solche legitimiren, ausgeantwortet werden.

Löwen, den 29. November 1847.

Gerichts-Amt der Herrschaft Lossen.

Die Berlinische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

Allerhöchst privilegiert und unter die Ober-Aufsicht eines königlichen Commissarius gestellt, wird durch ein Aktien-Kapital von

Einer Million Thaler Preuss. Courant

garantirt; stellt sehr billige Prämien bei den verschiedenen Versicherungs-Arten; überläßt den auf Lebenszeit Versicherten $\frac{2}{3}$ des Gewinns der Gesellschaft, ohne Nachzahlung bei Verlusten zu beanspruchen; stellt ihre Policen, nach Wahl des Versicherten, an den Vorzeiger oder legitimirten Inhaber zahlbar, gestattet auch viertel- oder halbjähr-

liche Vorauszahlung der Prämien, und willigt in See-Reisen ohne oder gegen geringe Prämien-Erhöhung.

Wird die sogenannte **Sparfassen-Versicherung** gewählt, so kann das versicherte Kapital nach Ablauf bestimmter Jahre vom Versicherten selbst, oder im Falle seines früheren Todes vom Nachbleibenden (Erben, Gläubiger) erhoben werden.

Renten jeder Art (lebenslängliche, aufgeschobene, auf bestimmte Jahre beschränkte, verbundene oder einfache) können gegen Kapitals-Einlagen von der durch uns gleichfalls vertretenen **Berlinischen Renten- und Kapitals-Versicherungs-Bank** erworben werden.

Geschäfts-Pläne, Programme und Antrags-Formulare sowohl für Versicherungs-Anträge als für Rentenkäufe werden bereitwilligst ertheilt (Spandauer Brücke Nr. 8.).

Berlin, den 24. Juli 1847.

Direktion der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.

Vorsichende Bekanntmachung bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß mit dem ergebenen Bemerkten, daß Geschäfts-Programme unentgeltlich ausgegeben werden von

den Agenten der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft

- Jac. Träger, Haupt-Agent in Posen.
- Dremiz, Stadtkämmerer in Rogasen.
- A. L. Köhler in Gnesen.
- Robert Pusch in Rawicz.
- Apotheker Plate in Lissa.
- Apotheker Nabsch in Pleschen.
- Theodor Stockmar in Wollstein.
- Carl Tiesler in Krotoschin.

Posen den 1. August 1847.

Freitag am 16ten Juni 1848 Nachmittags 6 Uhr werden in Posen, neue Gartenstraße No. 135. vor der Remise des Kaufmann Andersch, mehrere Centner geschwerner Wolle öffentlich versteigert werden.

Aus dem Nachlaß des verstorbenen Schuhmacher-Meisters Caldarola senior ist eine Auswahl neuer Stiefel zu billigen Preisen aus freier Hand zu verkaufen. **Berwittwete Caldarola, Taubenstraße No. 5.**

Gartenstraße No. 285. sind in meinem Hause zwei wohl möblirte Stuben zu vermieten und können sogleich bezogen werden. **Wendland.**

Kleine Gerberstraße 106. sind verschiedene Wohnungen für 30—130 Rthl. von Johanni und Michaeli c. ab, beim Unterzeichneten zu vermieten. **Friedrich Barleben.**

Auktion.

Montag den 19ten Juni Vormittags von 10 Uhr ab, sollen im Auktions-Lokal Friedrichstraße No. 30. einige Möbel, wobei 1 Trumeau und 1 Spiegel mit Goldrahmen, ein Paar goldene Uhren und Ringe, zu 3 Fenstern ganz gute Gardinen nebst Zubehör, Sattel und Zaumzeug, Schwärden, eine Bedienten-Livree, nebst verschiedene andere Gegenstände gegen baare Zahlung versteigert werden.

Anschüß.

Gasthofs-Verpachtung.

Mein, in der Stadt Posen in dem frequentesten Theile derselben unter dem Namen „**Hôtel de Paris**“ belegener Gasthof ist wegen Abzuges des bisherigen Pächters vom 1sten Oktober 1848 anderweit zu verpachten. Dieser Gasthof besteht seit **40 Jahren** und hat sich seiner guten Lage und seiner entsprechenden Lokalitäten wegen immer eines starken Zuspruchs zu erfreuen gehabt.

L. Heiman.

Gerber- und Büttelstraßenecke No. 19 sind große und kleine Wohnungen billig zu vermieten, das Nähere beim Wirth daselbst.

In dem Hause an der Wasser- und Gerberstraßenecke No. 15. sind 2 Läden nebst Wohnung, einer von Johanni, der andere von Michaeli ab zu vermieten.

Schweinefleisch,

frisches, so wie auch frisch gepökeltes, das Pfund zu 4 Sgr. verkauft

Friedrich Köfcke, Wasserstraße No. 7.

Vorzüglich schöne neue Matjes-Seringe empfiehlt **J. Appel, Wilhelmstr. Poststraße No. 9.**